

INFO

Alter Kack im neuen Frack

Katastrophenschutzplan 1995

Nicht nur das AKW, sondern auch der dazugehörige Katastrophenschutzplan ist mittlerweile in die Jahre gekommen. So schien es uns ganz einleuchtend, daß dieses Werk, das trotz der sehr begrenzten Auflage schon bei seinem Erscheinen öffentliches Aufsehen erregt hatte, im letzten Jahr neu aufgelegt wurde.

Leider noch nicht neu erschienen ist die Volksausgabe, die seinerzeit an alle Haushaltungen verteilt wurde und so manchem Leser und mancher Leserin die Augen geöffnet hat...

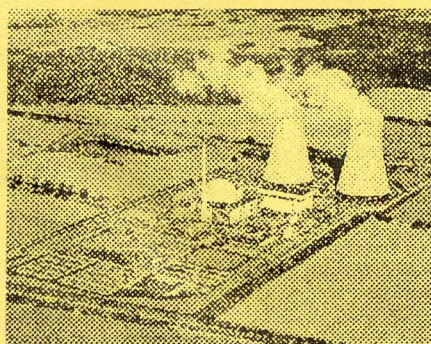
Wer aber beschreibt unser Erstaunen, als wir zunächst nicht ohne Spannung lasen und lasen und ... feststellten, daß sich außer den Postleitzahlen und einigen Telefonnummern nichts geändert hat!?

Im Grunde genommen ist das allerdings ganz konsequent und auch in unserem Sinne: Denn wir waren schon immer der Überzeugung, daß ein schwerer Unfall im AKW weder in seinem Verlauf noch in seinen Auswirkungen beherrschbar ist und daß wir im Ernstfall alle hilflos sind. Und wenn schon im Jahr 1980 ein Gutachten nachgewiesen hat, daß es im Falle eines GAUs schlicht unmöglich ist, die Stadt Hameln zu evakuieren, dann spielt es letzten Endes keine Rolle, wie sehr sich die Verkehrsverhältnisse in und um Hameln in den letzten 15 Jahren verschärft haben. Und wenn es angesichts von radioaktiver Verstrahlung ohnehin keine Hilfe für die Betroffenen gibt, wozu sollen dann die neu zugezogenen oder inzwischen erwachsen gewordenen Bewohner und



Bewohnerinnen im Landkreis darüber informiert werden, wie sie sich im Ernstfall zu verhalten haben!?! Hauptsache ist, daß jetzt nach 10 Jahren die Vorräte an Jodtabletten ausgetauscht werden - wer möchte schon Tabletten lutschen, deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist!?! Und ansonsten gilt weiterhin: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.

Schließlich ist nicht einmal die letzte Katastrophenschutzübung am 5.11.1994 reibungslos verlaufen - und die fand ja man bloß im Saale statt, sprich: im Kreis- haus am Pferdemarkt zu Hameln.



Von daher hat der Landkreis völlig recht, wenn er den Katastrophenschutz sein läßt, was und wo er schon immer war: Eine Illusion in einigen runderneuerten Ordnern in den Amtsstuben und Abgeordnetenbüros und vielleicht ein Albtraum in den Köpfen derer, die dann die Verantwortung tragen werden...

Da also beim Katastrophenschutz alles beim Alten bleibt, drucken wir an dieser Stelle noch einmal einen alten Artikel ab, den wir - damals noch aktiv in der Alternativen Wählergemeinschaft - im April 1984 veröffentlicht haben.

Aus dem Inhalt

Katastrophenschutzplan

Tschernobyl - Pressespiegel

Leukämie an der Unterelbe

PCs für unsere Meßstellen

Briefwechsel mit Hannover

Der VAU auf Tournee

Atomtransporte

Unser Spendenkonto:
Stadtparkasse Hameln
(BLZ 254 500 01)
Kto.Nr. 106009822

Nur keine Panik - die Katastrophe hat schon begonnen!

NUR KEINE PANIK - DIE KATASTROPHE HAT SCHON BEGONNEN!

Noch im Jahr 1984 wird das Atomkraftwerk Grohnde in Betrieb gehen. Wann genau, darüber lassen uns die Verantwortlichen - Betreiber, Behörden und Politiker - wohlweislich noch im Unklaren.

DER SCHÖNE SCHEIN MUSS GEWAHRT BLEIBEN

Inzwischen hat auch der Katastrophenschutz-Sonderplan (KatSch-SP) öffentlich ausgelegen. Einzig und allein damit, daß die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit hatten, eine Zeitlang während der Hauptarbeitszeit im Kreishaus 3 Aktenordner "durchzulesen", ist der Kreis seiner Informationspflicht der Bevölkerung gegenüber bislang nachgekommen. Erfahren konnte man das aber nur als regelmäßige/r und gründliche/r Dewezet-LeserIn. Auch wenn wir berücksichtigen, daß der Kreis eine "Informations"-broschüre darüber vorbereitet, müssen wir den Verantwortlichen vorwerfen, daß sie an einer tatsächlichen Aufklärung der Bevölkerung offensichtlich überhaupt nicht interessiert sind.

KEIN WORT MEHR ÜBER DIE IFEU- STUDIE

Das ist auch kein Wunder: Wenn es wirklich zu einer öffentlichen Diskussion über die Möglichkeiten des Schutzes von Leben und Gesundheit bei atomaren Unfällen käme, dann würde vielen Menschen bewußt, was bereits 1980 in einem Gutachten des Instituts für Energie- und Umweltforschung (IFEU) Heidelberg e.V. festgestellt wurde, daß bei einem Unfall im AKW Grohnde eine rechtzeitige Evakuierung der gefährdeten Bevölkerung nicht möglich ist. Das Gutachten war seinerzeit von der Stadt Hameln in Auftrag gegeben worden, dann aber aufgrund seines niederschmetternden Ergebnisses in den Schreibtischschubladen verschlossen und vor der Bevölkerung geheimgehalten worden. AKW-Gegner brachten es an die Öffentlichkeit.

Die Neue Hannoversche Presse berichtete darüber am 24.6.1980 unter der

Überschrift: "Beim Super-GAU ist Hameln in 70 Minuten ein atomares Grab"... Davon ungerührt scheut sich die Kreisverwaltung unter der Führung von Oberkreisdirektor Kallmeyer nicht, einen Katastrophen"schutz"plan aufzustellen, der nichts anders ist als ein Planspiel, an Menschenverachtung und Zynismus nicht zu überbieten.

"MODELL SELBSTEVAKUIERUNG"

Unter anderem wird in dem Plan davon ausgegangen, daß ca. 50 % der Bevölkerung "Selbstevakuierer" sind, d.h. mit eigenen Fahrzeugen flüchten können.

Beispiel 1: Katastrophenalarm an einem Werktagvormittag

Vorausgesetzt, die Hausfrau X in Tündern kennt den Sirentonon "Rundfunk einschalten", ist im Besitz eines Radios und schaltet es daraufhin ein, kann sie die Meldung über den Unfall im AKW Grohnde hören (alles das setzen die Planer als gegeben voraus). Ein Kind ist in Tündern im Kindergarten, das größere in Hameln in der Schule, der Ehemann arbeitet in einem Hamelner Betrieb, das Auto befindet sich somit auf dem Betriebsparkplatz, die Großmutter lebt in einem Hamelner Altersheim. Wie soll die Frau sich nach den Vorstellungen der Planer entscheiden: Soll sie allein mit dem Fahrrad in die für sie vorgeschriebene Evakuierungsrichtung fliehen und währenddessen für den Rest der Familie beten - oder soll sie den ebenfalls unmöglichen Versuch unternehmen, ihre Familienangehörigen zu sammeln, um gemeinsam fliehen zu können, was zur gleichen Zeit Zehntausende anderer Frauen und Männer auch versuchen werden?

Beispiel 2: Katastrophenalarm an einem Sonntagnachmittag im Sommer

Mutter V mit einem Kind im Freibad, ein anderes Kind mit Freunden im Wald, Vater auf dem Fußballplatz, Großeltern im Schrebergarten. Kommentar überflüssig.

Ebenso wie bei den vielen allein wohnenden Alten und Gebrechlichen, die sofern

sie die Alarmmeldung überhaupt mitbekommen, nicht allein zu den Sammelstellen gelangen können und auch von niemandem abgeholt werden. Ebenso wie bei den ausländischen Familien. Ebenso wie bei ...

Das sind nur einige grauenhafte Vorstellungen aus dem Bereich der Selbstevakuierung.

... ABER DEN ANDEREN ERGEHT ES AUCH NICHT BESSER

Die Evakuierung von Menschen durch Behörden und Hilfstrupps erscheint ebenso vollkommen unrealistisch: Wie z.B., in welcher Zeit und wohin sollen die Patienten der Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime in Hameln, Bad Pyrmont und dem übrigen Katastrophengebiet evakuiert werden? Auch hier drängt sich ein Schreckensbild nach dem anderen auf.

Auf solche und viel andere schwerwiegende Probleme gibt der Landkreis als Katastrophenschutzbehörde keine Antwort. Und die Politiker, die Volksvertreter, die sich verpflichtet haben, sich für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger einzusetzen, drücken sich vor der Verantwortung, wie die April-Sitzungen Kreistag und Rat wieder einmal gezeigt haben.

"VOLKSVERHETZUNG"?

"Schaumschlägerei", "Unruhestiftung", "Aufwiegeln der Bevölkerung", "Panikmache", das ist das einzige, was uns wie allen AKW-Gegnern und Umweltschützern seit geraumer Zeit von den Politikern vorgeworfen wird. Zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Inhalte unserer Kritik sind sie weder bereit noch in der Lage. Sie ziehen sich zurück auf Gesetze und Verordnungen, darauf, daß sie nicht zuständig sind, daß sie nicht wissen können/brauchen/müssen.

Damit lassen wir uns aber nicht abfertigen. Wir stecken angesichts der drohenden Katastrophe nicht den Kopf in den Sand.

Schlagzeilen - eine subjektive Auswahl

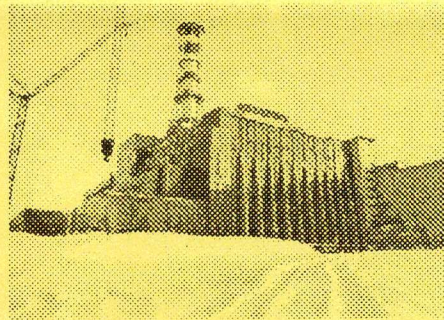
Tschernobyl - 9 Jahre danach

Tschernobyl-Grenzwerte verlängert: Die Grenzwertvorschriften der EU (Europäische Union) über die radioaktive Belastung von Lebensmitteln aus Drittländern sind 1995 um weitere 5 Jahre bis 2000 verlängert worden, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß in stärker verseuchten Gebieten noch immer Lebensmittel erzeugt würden, die höher belastet sind. Die Verordnung war als Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erlassen worden. Ursprünglich war sie bis Ende März 1995 befristet.

Berichten fürchten zweiten GAU in Tschernobyl: Nach einem Bericht der britischen Zeitung "Observer" im März 1995 droht in Tschernobyl eine zweite katastrophale Explosion mit schwerwiegenden Strahlungsfolgen für die Umwelt. Die Explosion könne sich "jeden Augenblick" ereignen, hieß es unter Berufung auf einen noch geheimen Bericht westlicher Experten. Demnach drohen Pfeiler, die das zerstörte Reaktorgebäude tragen, zusammenzubrechen. Wenn sie bersten, könnten Trümmer die Schutzwand rund um die ausgebrannten Reste von Atomreaktor vier durchschlagen. Auch könnten Trümmer in den noch funktionsfähigen Reaktor drei fallen und ein Schmelzen des Reaktorkerns herbeiführen. In beiden Fällen drohe eine radioaktive Verseuchung der Atmosphäre. Nach Darstellung

des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma ist aber eine Schließung aus technischen und wirtschaftlichen Gründen derzeit nicht möglich.

Selbstmord häufig letzter Ausweg für Tschernobyl-Opfer: Jeder sechste der seit dem Reaktorunglück von Tschernobyl umgekommenen Katastrophenhelfer soll seinem Leben selber ein Ende gesetzt haben. Davon geht der Verband der Tschernobyl-Invaliden in Kiew aus, berichtet die ukrainische Zeitung "Wseukrainskie Wedomosti". Die Überlebenden litten häufig unter Depressionen, Alkoholismus und Impotenz; notwendige Medikamente erhielten sie nicht. Insgesamt sind in der Ukraine 193.000 Menschen als sogenannte Liquidatoren anerkannt - Helfer bei der Bekämpfung der Reaktorkatastrophe oder bei den Aufräumarbeiten. Ein Drittel von ihnen gilt



als strahlenkrank. Bis 1993 starben nach offiziellen Angaben 3.836 Liquidatoren.

Die Ärzte können kaum helfen: Etwa 2.000 der 12 Millionen Kinder in der Ukraine erkranken jährlich an Krebs, ein deutlich höherer Durchschnitt als in Westeuropa. Für die behandelnden Ärzte ist der statistische Zusammenhang mit dem Reaktorunglück unverkennbar. "Seit damals haben sich die Fälle von Schilddrüsenkrebs verfünffacht", sagt Andrej Butenko, Chefarzt der Kinderkrebstation des Krankenhauses Nr. 1 in Kiew. Auch der Verlauf von Krebserkrankungen sei schwerer geworden. "Es hat sich etwas im Immunsystem verändert."

Verheerende Umstände im Umfeld von Tschernobyl: Acht Jahre nach der Reak-

torkatastrophe werde der Gesundheitszustand der im Umkreis lebenden Kinder immer schlechter, warnte der Leiter der Zentralen Kinderklinik von Gomel, Prof. Eduard Rusakow. Die Zahl der Todesfälle sei in dieser Region mittlerweile höher als die Geburtenrate. Die Kindersterblichkeit wachse, ebenso die Zahl der Behinderungen, Frühgeburten und chronischen Krankheiten. Die kleinen Kinder müßten das essen, was der verseuchte Boden hervorbringe.

Leukämie-Opfer: Rund 600.000 ukrainische Kinder leben heute noch in Regionen, die durch die Reaktorexpllosion massiv verstrahlt worden sind. Wie Dr. Ewgenij Lischschitz von der Kiewer Kinderklinik sagte, hat die Zahl der an Blutkrebs erkrankten Kinder seit dem Unfall um sieben Prozent zugenommen und steige stetig weiter. Während 1985 rund 500 und 1990 etwa 600 Neuerkrankungen festgestellt worden seien, habe man 1992 bei 650 Kindern Tumore des Blutsystems diagnostiziert.

Nach Tschernobyl mehr Kinder mit Down-Syndrom: Neun Monate nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl sind in Berlin nach einer Studie von Prof. Klaus Sperling vom Institut für Humangenetik der Freien Universität Berlin vermehrt behinderte Kinder mit dem Down-Syndrom (Mongolismus) geboren worden. Gegenüber zwei oder drei Fällen im statistischen Durchschnitt seien im Januar 1987 - 9 Monate nach der Atomkatastrophe - zwölf Babys mit dem Down-Syndrom geboren worden. Verantwortlich für die Chromosomenveränderung sei das kurzlebige radioaktive Isotop Jod-131, das sich in der Schilddrüse und eventuell in den Eierstöcken angereichert habe. Das würde erklären, warum die relativ gering erhöhte Radioaktivität in Berlin doch Auswirkung gehabt habe.

(Diese Zusammenstellung von Pressemitteilungen haben wir dem April-Info unseres Trierer "Schwestervereins" MAUS (Messen für aktiven Umweltschutz) entnommen. Danke.) ●

Fortsetzung von S.2

UND WAS MACHEN WIR JETZT?

Wir gehen nicht hilflos und wortlos in die Katastrophe.

Wir entlassen die Verantwortlichen nicht aus der Verantwortung.

Den PolitikerInnen im Kreistag und im Rat werden wir keine Ruhe mehr lassen.

Den Behörden werden wir unbequeme Fragen stellen.

Den AKW-Betreibern werden wir uns nicht ausliefern - wir werden das AKW selbst überwachen und ein eigenes Kontroll- und Alarmsystem organisieren.

Wir werden die Bevölkerung mit allen Mitteln über das, was wir wissen und in Erfahrung bringen, informieren. ●

Schriftverkehr

VAU fragt - Minister "antworten"

An die
Niedersächsische Umweltministerin
Frau Monika Griefahn
Archivstr. 2

30169 Hannover

4.12.1994

Sehr geehrte Frau Ministerin Griefahn,

zunächst einmal möchten wir uns Ihnen kurz in Erinnerung bringen:
Unser Verein ist 1984 aus einer der lang-jährigen Bürgerinitiativen gegen das Kernkraftwerk Grohnde hervorgegangen und ist seitdem mit der Umgebungsüberwachung befaßt.

Die Diskussion um ein gehäuftes Auftreten von Leukämieerkrankungen in der Umgebung des KKW Krümmel hat auch viele Menschen in unserer Region veranlaßt, nachzudenken und bei uns anzufragen, wie es um unsere gesundheitliche Situation hier bestellt ist.

Diese und ähnliche Fragen, die zwar aktuell, aber nicht neu sind, können wir freilich ebenso wenig beantworten wie der Pressesprecher des Sozialministeriums Herr Dr. Steg in der diesbezüglichen RTL-Reportage am 16.09.1994. Denn bislang haben noch keine Untersuchungen dazu stattgefunden, obwohl der Landkreis Hameln-Pyrmont neben dem Kernkraftwerk noch andere Gefährdungspotentiale enthält: eine 17 Jahre alte Müllverbrennungsanlage, die erst jetzt im Zuge ihrer Erweiterung modernisiert worden ist und eine Reihe von industriell bedingten und in ihren Umfang und möglichen Auswirkungen völlig ungeklärten Altlasten.

Daß es dabei schon längst um mehr als eine allgemeine Besorgnis und vereinzelte, oft eher zufällige Beobachtungen vor Ort geht, ist ja erst kürzlich aus dem Datenmaterial des Statistischen Landesamtes deutlich geworden, demzufolge der Landkreis Hameln-Pyrmont landesweit die höchste Zahl an Krebstoten aufweist. Die Hinweise aus dem Sozialministerium, daß bis zur Einführung des Krebsregisters

noch keine qualitative Bewertung der Daten möglich sei - so Herr Dr. Steg und Herr Professor Windorfer gegenüber der Deister- und Weserzeitung vom 17.11.1994 - vermögen weder uns noch die zahlreichen Bürgerinnen und Bürger, die auch auf diese Meldung hin bei uns nachgefragt haben, zu befriedigen!


Wir sind vielmehr der Auffassung, daß auch schon vor der Einführung des Krebsregisters, die ja noch einige Jahre dauern wird, die Zeit genutzt werden sollte und kann, um Informationen und Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und mögliche umweltbedingte Belastungspfade zu erheben und auszuwerten, zumal ja mit einem solchen Vorhaben niemand mehr Neuland betritt! In dem Zusammenhang weisen wir darauf hin, daß zum Beispiel während des Erörterungstermins zur Erweiterung der Müllverbrennungsanlage Hameln im September 1991 sehr deutlich wurde, daß auch Teile der Hamelner Ärzteschaft aufgrund eigener besorgniserregender Beobachtungen systematische Untersuchungen für geboten und sinnvoll halten und da auch unterstützend tätig werden könnten.

Wir sind uns durchaus bewußt, welche politische Brisanz diese Fragestellungen insbesondere hinsichtlich des KKW und der MVA auch und gerade in einem SPD-regierten Land enthalten. Dessenungeachtet bitten wir Sie ebenso wie den Niedersächsischen Sozialminister, an den wir uns mit einem ähnlichen Schreiben wenden, mit allem Nachdruck, sich dieser Problematik anzunehmen und uns mitzuteilen, welche Schritte Ihr Ministerium kurz- und mittelfristig zu tun bereit und in der Lage ist.

Ihrer Antwort sehen wir und viele andere mit Interesse entgegen.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

Ursula Bomnüter

 **Niedersachsen**

Monika Griefahn
Niedersächsische Umweltministerin

Verein für angewandten Umweltschutz
e.V.

Frau Ursula Bomnüter
Berliner Straße 6
31789 Hameln

Hannover, 22.02.1995

Sehr geehrte Frau Bomnüter,

Ihr Schreiben vom 4. Dezember letzten Jahres habe ich mit großem Interesse gelesen, und ich teile Ihre Besorgnis. Ich kann Ihnen versichern, daß die Niedersächsische Landesregierung auch zur Zeit schon erheblichen personellen und finanziellen Aufwand betreibt, um den Ursachen von Häufungen bestimmter Erkrankungen, die umweltbedingt sein können, auf die Spur zu kommen.

Das Erkennen und die Registrierung von Erkrankungshäufungen, hier insbesondere auch die Häufung von Erkrankungen, die durch Umweltfaktoren ausgelöst werden können, fällt als gesundheitspolitische Maßnahme in das Ressort des Sozialministeriums, das die Problematik ebenfalls erkannt und sich ihrer bereits angenommen hat.

Da Sie, wie mir das Sozialministerium mitgeteilt hat, ein etwa gleichlautendes Schreiben an den Sozialminister Hiller gesandt haben, wird eine eingehendere Beantwortung Ihres Schreibens zuständigkeitshalber von dort erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

M. Griefahn

Walter Hiller
Niedersächsischer Sozialminister

Verein für
angewandten Umweltschutz e.V.
Frau Bomnüter
Berliner Straße 6

31789 Hameln

Hannover, 28. Februar 1995

Erhöhte Krebsrate im Landkreis Hameln-
Pyrmont
Ihr Schreiben vom 4. Dezember 1994

Sehr geehrte Frau Bomnüter,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben,
dem Sie Ihrer Besorgnis Ausdruck
verleihen, es könne ein Zusammenhang
zwischen der erhöhten Krebsrate im
Landkreis Hameln-Pyrmont und der
Anwesenheit zweier Großmittenen
geben.

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie die Mög-
lichkeit einer Verursachung der erhöhten
Leukämierate durch die Emissionen des
Kernkraftwerks Grohnde und der
Müllverbrennungsanlage Hameln in
Betracht ziehen. Dies würde allerdings
voraussetzen, daß entweder die Emissio-
nen beider Anlagen geeignet sind, den
Landkreis flächendeckend und in rele-
vantem Umfang zu belasten, oder daß die
beiden Anlagen in dem von Ihnen
beeinflussten Nahbereich so viele Krebs-
fälle auslösen, daß diese auf die Krebsrate
des Landkreises durchschlagen.

An dieser Stelle erlaube ich mir den Hin-
weis, daß die vom Landesamt für Statistik
veröffentlichten Zahlen auf der Sterblich-
keitsstatistik beruhen und nicht alterskor-
rigiert sind. Da das Durchschnittsalter im
Landkreis Hameln-Pyrmont erhöht ist,
treten dort natürlich auch mehr leukä-
miebedingte Todesfälle auf als in Kreisen
mit normalem Altersaufbau. Auch bitte
ich Sie zu bedenken, daß das Krebsge-
schehen ganz wesentlich vom persönlichen
Gesundheitsverhalten und der
Expositionssituation am Arbeitsplatz
beeinflusst wird, und nur zu einem kleinen
Teil von Umweltschadstoffen.

Mit freundlichen Grüßen

Walter Hiller

Die hohe Kunst des Eiertanzes

Thomas Steg, Pressesprecher des Niedersächsischen Sozialministeriums,
am 16.09.1994 in RTL-Nord:

"Wir sind der Meinung, daß es genügend Studien gibt, die den Zusammenhang herstellen zwischen der räumlichen Nähe des Wohnortes und Kernkraftwerksstandorten. Es gibt Untersuchungen aus England, es gibt Untersuchungen am Standort Würgassen und es gibt die Kinderkrebsstudie aus Mainz. Der Zusammenhang ist belegt. Wir brauchen keine weitere Studie."

"Ich denke, es gibt einen Handlungsbedarf und deswegen wollen wir als niedersächsische Landesregierung auch eine Initiative starten, die Genehmigungswerte für radioaktive Ableitungen drastisch zu senken - auf eine Zwanzigstel des bisherigen Wertes.

Die Untersuchungsergebnisse, die wir bisher haben, geben uns politisch und juristisch nicht die Handhabe, heute schon Kernkraftwerke abzuschalten. Die Schadenersatzforderungen wären immens und vor Gericht würde die Landesregierung unterliegen."

RTL: "Welche Alternativen hat denn dann der Mensch, der da in der Nähe eines Atomkraftwerkes wohnt?"

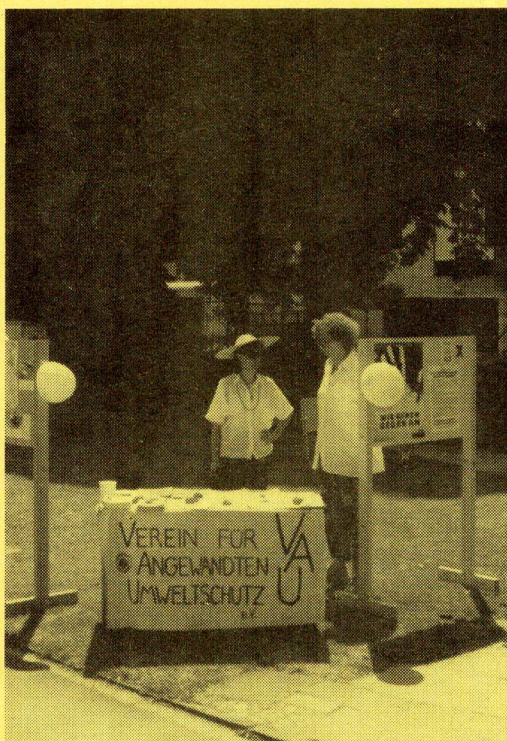
Steg: "Unmittelbar hat er keine Möglichkeit. Wir werden allerdings dafür sorgen wollen, daß die Genehmigungswerte so reduziert werden, daß das Gesundheitsrisiko - und das ist unbestritten vorhanden, jede Strahlenbelastung birgt ein gesundheitliches Risiko in sich - so drastisch reduziert wird, daß das gesundheitliche Risiko ganz minimal ist. Man muß aber deutlich sagen: keine Studie hat bisher ursächlich den Zusammenhang beweisen können, und das ist für den Nachweis, ein Kernkraftwerk abzuschalten zu können, unbedingt erforderlich. Da müssen wir die Anstrengungen verstärken.

RTL: "Wenn Sie im Umkreis von 5 km um ein Atomkraftwerk wohnen würden, würden Sie wegziehen?"

Steg: "Ach, das ist sehr spekulativ. Ich bin Vater von zwei kleinen Kindern. Ich denke, wenn die Erkrankungsrate so hoch ist wie in der Elbmarsch, würde ich mir das überlegen."

Immer unterwegs:

Der VAU auf Tournee



Hamelner Kirchentage

Viel Interesse fand unsere Arbeit auf dem "Markt der Möglichkeiten", den die christlichen Kirchen im Rahmen der Hamelner Kirchentage am 19. November 1994 unter dem Motto "Was das Leben gelingen läßt ..." veranstalteten. Unter dem eher trostlosen Dach der Rattenfängerhalle eröffnete sich Besuchern und Besucherinnen auf eine in Hameln einmalige Weise ein breites Spektrum sozialen, ökologischen und politischen Engagements, das Mut machen kann, in dieser Stadt zu leben.

10 Jahre AKW Grohnde - 10 Jahre VAU

Da waren die Herren von Grohnde ausnahmsweise einmal schlauer als wir und haben sich etwas erspart, als sie nämlich erst garnicht zu einer Jubelfeier anlässlich des 10-jährigen Bestehens ihres Reaktors einluden...

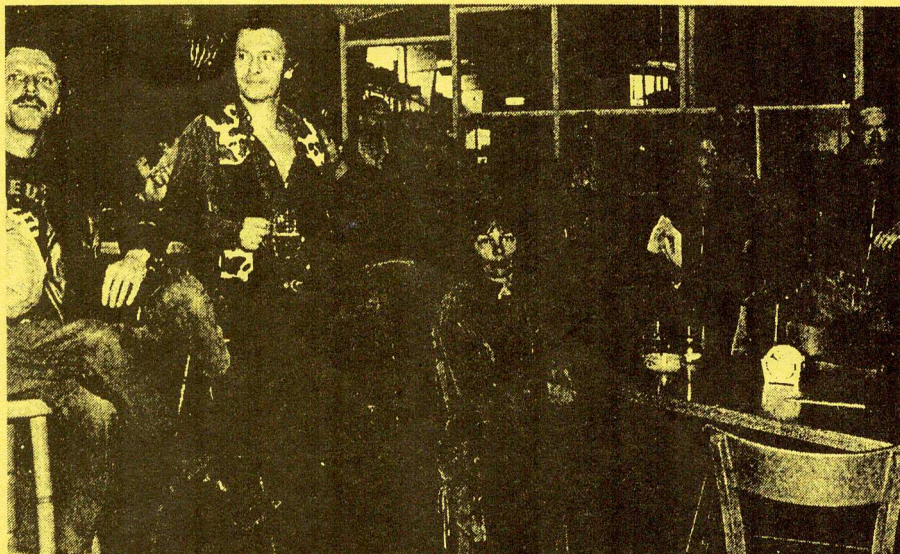
Gesundheitstag 2. Juli 1994

Fortsetzung auf S.6

Fortsetzung von S.5

Denn wir vom VAU waren schon etwas enttäuscht über das geringe Interesse an unserem 10-Jahres-Fest, zu dem wir auf vielfältige Weise am 17. September 1994 in die "Sumpflume" eingeladen hatten. Dabei hatten wir für das leibliche und das geistige Wohl unserer Gäste gut gesorgt: Ein üppiges Kuchenbüfett stand ebenso bereit wie eine Tombola, die dank zahlreicher großzügiger Spender und Spenderinnen wieder einmal reichhaltig bestückt war. So prangten zwischen Tomaten, Gurken, Kartoffeln und Wurst vom Marienhof, vom Griefhof und der Gärtnerei Alteburg eine Grafik unseres alten Vereinsmitglieds Michael Otto neben einer Getreidemühle vom "Naturinchen" und einem hölzernen Krokodil aus dem Welt-Laden. Auch hatten wir eine Fotoausstellung und eine Dokumentation über ein Jahrzehnt Anti-AKW-Arbeit vorbereitet. Letzten Endes waren es dann aber vor allem die beiden Bands "Consul Crayfish & the Blackouts" und "The Original Reverend Jones", die

zu unserem Geburtstag aufspielten und dafür sorgten, daß sich das Café der Sumpflume am Spätnachmittag doch noch füllte. "Reverend" Jörg Stiller war übrigens auch schon bei unserem 1. Geburtstag in der alten Holtenser Warte aufgetreten!



An dieser Stelle danken wir jedenfalls noch einmal der Sumpflume, den Musikern und den Betrieben und Einzelpersonen, die uns bei der Gestaltung unseres Festes unterstützt haben.

Dichtung und Wahrheit

Leukämie an der Unterelbe

Im Umkreis eines kleinen Dorfes in der Nähe von Pinneberg, nordwestlich von Hamburg, sind elf Kinder und Erwachsene an Leukämie erkrankt.

In der Umgebung des AKW Krümmel und des GKSS-Forschungszentrums südöstlich von Hamburg sind von den 8.000 dort lebenden Menschen seit 1989 24 an Leukämie erkrankt, darunter innerhalb von 18 Monaten (1990/91) 6 Kinder und Jugendliche an akuter Leukämie und ein weiteres Kind an einer leukämie-verwandten Blutkrankheit. Durchschnittlich erkranken 4,3 von 100.000 Kindern an Leukämie, in der Elbmarsch dagegen sind es 6 von 1.500! Nach Erkenntnissen der "Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch" ist das wohl die weltweit höchste Leukämierate!

Alle Betroffenen leben in weniger als fünf Kilometer Entfernung vom AKW Krümmel, und andere Umweltfaktoren wie Benzolbelastung können als Blutkrebserreger ausgeschlossen werden. Obwohl staatstragende Wissenschaftler einen Zusammenhang zwischen Atomanlagen und Leukämiehäufung beharrlich abstreiten, bzw. ihre Studien zur Ursachenfor-

schung bewußt manipulieren, steht doch aufgrund verschiedener Untersuchungen fest, daß das AKW Krümmel eindeutig als Verursacher der auffälligen Leukämiehäufungen zu sehen ist.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie des Bremer Instituts für Präventivforschung und Sozialmedizin, in der die Karteien sämtlicher Ärzte und Krankenhäuser der drei Landkreise um Krümmel und in Hamburg ausgewertet wurden, zeigt auch bei Erwachsenen ein um 80 Prozent erhöhtes Leukämierisiko, wenn sie im Umkreis von fünf Kilometern um das AKW wohnen.

Die Erkrankungen traten etwa fünf Jahre nach Inbetriebnahme des AKW Krümmel auf. WissenschaftlerInnen der Bremer Universität unter der Leitung von Prof. Inge Schmitz-Feuerhake fanden bei der Suche nach Chromosomenveränderungen im Blut von Geschwistern, Eltern und Nachbarn der leukämiekranken Kinder eine deutlich höhere Anzahl an sogenannten dizentrischen Chromosomen (Dics), als normalerweise nachweisbar. Bezeichnend ist auch in diesem Zusammenhang der Dilettantismus (?) oder die

Unverfrorenheit (?), mit der dann unter Federführung von unkritischen Instituten eine großangelegte Chromosomenstudie durchgeführt wurde, in der man ausgerechnet die einzige Region Norddeutschlands als "unbelastete Kontrollregion" auswählte, die 1986 besonders von radioaktiven Fallout von Tschernobyl betroffen war: Plön. Die Anzahl der Dics im Blut der Plöner Kinder war noch höher!

Außerdem ergaben die Untersuchungen der Bremer WissenschaftlerInnen, daß im Gegensatz zu ihrer anfänglichen Annahme nicht von einer einmaligen Bestrahlung, sondern von wiederholten Kurzzeitemissionen ausgegangen werden muß. Sie stellten die These auf, daß kurzlebige radioaktive Edelgase, die in langlebige Folgeprodukte zerfallen und sich z.B. im Boden und in Pflanzen anreichern und deshalb nachweisbar sind, die andererseits aber bei den in großen Zeitabständen stattfindenden Routinekontrollen nicht nuklidspezifisch erfaßt werden, für die Leukämieerkrankungen verantwortlich sind.

Untersuchungen von Milch, Boden,

Bewuchs, Uferfiltrat und Sediment von Bewässerungskanälen, ausgeführt von WissenschaftlerInnen verschiedener "Denkrichtungen", in der Umgebung von Krümmel haben u.a. ein vermehrtes Auftreten von Cäsium-137 und Strontium-90 als Folgeprodukte der Edelgase Xenon-137 und Krypton-90 insbesondere auf der gegenüberliegenden Elbseite ergeben, wo bei windschwachen Schönwetterlagen die Abluft des AKW niedergeht. Xenon- und Kryptonisotope entweichen beim Kraftwerksbetrieb aus undichten Brennstäben, und es kann angenommen werden, daß sie

mit zeitlicher Verzögerung vom Betreiber gesteuert abgelassen werden, um die zulässigen Emissionswerte nicht zu überschreiten.

Alle gemessenen Werte belegen, daß es sich um Kurzzeitemissionen handeln muß, die die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur deutschen Strahlenschutzordnung genehmigten Dosen überschreiten.

Untersuchungen von Jahresringen an Bäumen zeigen außerdem Tritiumkonzentrationen, die ungenehmigte gasförmige Freisetzen belegen, denn durch den Betrieb des AKW werden Tritiumkonzentrationen normalerweise nicht erhöht.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen eindeutig, daß die Reaktorüberwachung nicht funktioniert und daß Leben und Gesundheit der Menschen in der Umgebung von Atomanlagen ständig wissenschaftlich mißachtet werden !

Wir stellen um:

PCs für unsere Meßstellen

Für unsere Stammleserschaft ist es ein bekanntes Thema: die Modernisierung der Radioaktivitäts-Meßstellen des VAU. Für alle anderen hier noch einmal kurz die Fakten:

Der VAU betreibt seit nunmehr über 10 Jahren eigene Meßstationen zur Ermittlung der Umgebungsstrahlung (= γ -Dosis der Luft) am AKW Grohnde. Diese vollautomatischen Meßsysteme arbeiten mit modifizierten VC20-Computern der Firma Commodore. Diese Rechner sind natürlich mittlerweile in die Jahre gekommen. Zudem sind diese Computer nicht mehr erhältlich, so daß wir uns seit einiger Zeit nach Ersatz umsehen mußten.

Das hört sich möglicherweise einfacher an, als es in Wirklichkeit ist. Es reicht nämlich nicht aus, einfach neuere, modernere PCs zu kaufen - der Aufwand bei der unumgänglichen Neuerstellung der Computerprogramme ist unvergleichlich größer. Aber was lange währt, wird endlich gut: nachdem wir bereits auf

unserem Geburtstagsfest im Herbst einen ersten Prototypen einer solchen PC-Meßstelle live vorführen konnten, läuft die neue Software mittlerweile so stabil, daß wir unsere erste Meßstation in Kürze umrüsten können.

Damit einhergehend können wir auch unsere Meßgenauigkeit deutlich verbessern. Während wir bisher mit 15-Minuten-Werten arbeiten (die fortlaufend erhobenen Meßdaten werden alle 15 Minuten abgespeichert, je nach Art des Meßwertes als Summe bzw. als Mittelwert), sind wir nun in der Lage, die Daten im 5-Minuten-Takt zu erfassen. Dies läßt z.B. kurzfristige, kleinere Erhöhungen der Umgebungsstrahlung deutlicher hervortreten. Außerdem können wir nun auch sehr viel präziser Radioaktivitäts-Werte mit den Wetterdaten abgleichen.

Auch der Betrieb der Meßanlagen wird mit der neuen Technik sicherer: bislang sind unsere Anlagen immer wieder mal

wegen Stromausfällen bzw. -abschaltungen stehengeblieben. In solchen Fällen mußten wir dann zum jeweiligen Standort fahren, um das Meßprogramm neu zu starten. Das hat dann schon mal zu Meßlücken von einigen Tagen geführt. Für die PC-Meßstellen ist das kein Problem: sie starten automatisch neu, wenn der Strom wieder da ist. Und auch bei der Meßdaten-Auswertung und Archivierung wird vieles für uns einfacher und sicherer.

Also: wir "rüsten auf" - und Sie können uns dabei helfen!

- Wir brauchen PCs. Das müssen natürlich nicht die neuesten Renner sein, aber funktionstüchtig sollten sie schon noch sein. Und gewisse Anforderungen an die Ausstattung des Rechners haben wir auch (siehe Kasten). Also: wer beabsichtigt, in nächster Zeit seinen alten, noch funktionierenden PC gegen ein leistungsfähigeres Modell auszutauschen, der denke bitte an uns. Wir nehmen das gute Stück gerne.

- Natürlich werden wir auch nicht darum herumkommen, einiges neu zu kaufen (Bildschirme, Festplatten). Wer uns also nicht mit einem ausgedienten PC unterstützen kann, den bitten wir um finanzielle Hilfe. Bitte beachten Sie unsere Hinweise zum Thema Spendenbescheinigung.

- Wir suchen einen neuen Standort für eine Meßanlage. Unsere Meßstelle in Hastenbeck mußten wir bereits vor geraumer Zeit aufgeben. Sie leistete uns zwar nun gute Dienste als Testanlage für die neue Software, aber nun soll sie wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden.

Selbstverständlich können wir die Station nicht irgendwo aufbauen. Wir brauchen ein wettergeschütztes Plätzchen mit Stromanschluß, z.B. einen

Programm GAMMA2.34 <c>JaMe Meßstation V2 KONFr.49195 25. 4.1995 11:22:43 -
Bildschirm 2 >> Übersicht der 30sec Wetterdaten << Weiter mit <Leertaste>

Windgeschw. : 1.9 m/s
Windstärke : 2 Beau
Wrichtungsstation: V2
WindRichtung : SW
AKW-Richtung : 1 °

. . A . .
. \ N / .
. W . O .
. / S \ .
■

Regen aktuell : 0.05 mm
Regensumme heute : 3.20 mm
Regensumme gestern: 0.00 mm

	Wing.m/s	Temp°C	Koin.I/s	GammaSumme I/s	Netto I/s	Dosis nG/30s
Aktuell:	1.9	17.1	0.33	7.90	4.20	0.039
Heute min	0.0	10.2	0.10	6.73	3.17	0.027
Heute max	2.1	17.1	0.80	9.97	6.93	0.060
Gest. min	0.0	7.0	0.10	6.67	3.33	0.029
Gest.mitt	0.9	10.7	0.37	8.22	0.00	0.000
Gest. max	2.8	17.7	0.87	10.07	6.47	0.056

Fortsetzung von S.7

Kellerraum, Treppenhaus, Garage o.ä. Außerdem einen Platz im Freien für die Meßfühler (Garten, Dach).

Und auch an die Lage des neuen Standortes müssen wir bestimmte Ansprüche stellen: er sollte so nah wie möglich am AKW liegen und möglichst in einer Gegend, die wir bislang noch nicht meßtechnisch erfassen können. Es kämen in Betracht: Emmern, der südwestliche Ortsrand von Kirchhosen, Im Wahrenbohme, der Ostrand von Hagenohsen sowie Frenke. Wer wäre eventuell dazu bereit wäre, uns ein Dach über dem Kopf zu gewähren? Wir sind für jeden Hinweis dankbar.

Also: bitte helfen Sie uns, unser Meßnetz auszubauen. Wir glauben, daß unsere kontinuierliche Arbeit über mehr als 10 Jahre dafür steht, daß Ihre Hilfe auf fruchtbaren Boden fällt. Danke.

P.S.: In diesem Zusammenhang möchten wir nochmals darauf hinweisen, daß der VAU leider nicht berechtigt ist, Spendenbescheinigungen auszustellen. Wer darauf Wert legt, seine / ihre Spende bei der Steuer abzusetzen, muß den Umweg über das Konto der Stadt Hameln einschlagen.

Also:

Falls Spendenbescheinigung gewünscht, Überweisung bitte an die Stadtkasse Hameln, Kto-Nr. 1636 bei der Stadtparkasse Hameln (BLZ 254 500 01) mit dem Vermerk "Spende für VAU e.V. Hameln - Bitte um Spendenquittung".

Wer keine Bescheinigung benötigt, für den gilt: Spenden ohne Bescheinigung bitte direkt auf das VAU-Konto 106 009 822 bei der Stadtparkasse Hameln (BLZ 254 500 01) Übrigens: Bei Beträgen bis DM 100 akzeptiert das Finanzamt normalerweise den Überweisungsbeleg als Spendenquittung.

Unsere Systemanforderungen:

- PC-AT (80286 oder besser)
- 640 KB Hauptspeicher
- VGA-Adapter
- Festplatte (20 MB mind.)
- Diskettenlaufwerk 3.5"
- 1 parallele Schnittstelle
- 1 serielle Schnittstelle

Einladung

Zur VAU-Mitgliederversammlung gemäß § 14 und § 15 (1,2) der Satzung

am 13. Juni 1995 um 20 Uhr

laden wir hiermit ein.

Die Versammlung findet in der SUMPFBLOME, Kaimauer 1, Hameln statt.

Der Vorstand schlägt folgende Tagungsordnung vor:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten MV vom 24.05.1994
2. Geschäftsbericht des Vorstandes
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Neuwahl der Kassenprüfer
5. Verschiedenes

Gemäß § 15 (2) der Satzung können Mitglieder bis spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen.

Hameln, den 6. Mai 1995

Für den Vorstand

gez. (Ulrich Bomnüter)
1. Vorsitzender

gez. (Michael Thürnau)
Schatzmeister

Atomtransporte

Der Castor rollt überall!

Während der Castor-Transport vom AKW Phillipsburg nach Gorleben - zu Recht - in aller Munde ist, während das größte Polizeiaufgebot, das die Bundesrepublik Deutschland bislang erlebt hat, seinen Weg bewachen muß, rollen überall und Tag für Tag strahlende Frachten durch unser Land. So auch bei uns: im Jahr 1994 fanden folgende Atom-Transporte vom AKW Grohnde aus statt:

- Februar: 2 Container mit radioaktiven Abfällen, Ziel: die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) in Duisburg bzw. das Kernforschungszentrum Karlsruhe (KFK)
- März: Castor-Behälter mit 11 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich; 5 Container mit radioaktiven Abfällen, davon zwei zum KFK, zwei nach Schweden und einer ins Zwischenlager Gorleben

- August: Castor-Behälter mit 12 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich
- September: Castor-Behälter mit 12 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich
- Oktober: Castor-Behälter mit 12 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich
- November: Castor-Behälter mit 12 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich; Anlieferung von 28 frischen Brennelementen
- Dezember: Castor-Behälter mit 12 abgebrannten Brennelementen zur COGEMA, Frankreich; Anlieferung von 24 frischen Brennelementen

Das radioaktive Inventar dieser Brennelement-Transporte entspricht übrigens ca. 2840 Hiroshima-Bomben!